

Beate Küpper/Andreas Zick

Menschenfeindlichkeit in Europa

Die Intoleranz gegenüber Anderen und die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler und demokratischer Gesellschaften. Sie zeigen an, inwieweit Menschen bereit sind, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Gruppen, die als »anders« oder »fremd« betrachtet werden, als gleichberechtigte Mitglieder zu akzeptieren und zu beteiligen oder im Gegenteil sie von gleichberechtigter Teilhabe auszuschließen. Ihr sichtbarster Ausdruck ist das soziale Vorurteil, also die negative Bewertung von Anderen, »weil sie anders sind«.

Das Forschungsprojekt »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa (GMF-Europa)« bietet erstmalig eine umfangreiche Beobachtung und Analyse abwertender Einstellungen gegenüber einer Bandbreite unterschiedlicher Adressatengruppen in Europa auf Basis einer vergleichbaren Datengrundlage. Im Herbst/Winter 2008 wurden in acht europäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Italien, Portugal, Polen und Ungarn – jeweils 1.000 repräsentativ ausgewählte Personen ab 16 Jahren telefonisch interviewt. In unserer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Analyse *Die Abwertung der Anderen* am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Zick/Küpper/Hövermann 2011), auf die wir uns hier beziehen, finden sich zentrale Ergebnisse unter dem Blickwinkel von Teilhabe und Integration schwacher Gruppen.

Menschenfeindlichkeit gefährdet sozialen Zusammenhalt

Das Konzept der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« wurde im Rahmen der gleichnamigen deutschen Studie entwickelt, die seit 2002 mit zehnjähriger Laufzeit an demselben Institut durchgeführt wird. Unter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit subsumieren wir Vorurtei-



Beate Küpper

(* 1968) ist Diplom-Psychologin und arbeitet derzeit im Projekt »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland« an der Universität Bielefeld.



Andreas Zick

(* 1962) ist Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. Er analysiert Konflikte zwischen Gruppen und Akkulturationsprozesse.

le gegenüber Gruppen, die als »anders«, »fremd« oder »unnormale« markiert werden. Hier sind Menschen allein aufgrund ihrer zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit Feindseligkeiten ausgesetzt, im Übrigen unabhängig davon, inwieweit sie de facto einer Gruppe angehören oder sich dieser Gruppe zugehörig fühlen. So werden etwa auch jene Nachkommen von Einwanderern zu Adressaten von Fremdenfeindlichkeit, die im Land geboren sind, die Staatsangehörigkeit besitzen und sich als Bürgerin bzw. Bürger des jeweiligen Landes identifizieren.

Empirisch lässt sich nachweisen, dass in allen untersuchten Ländern fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, is-

lamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen ein Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bilden. Im Kern verbindet sie eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Eine Person vertritt mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht nur abwertende Einstellungen gegenüber einer Gruppe, z.B. Einwanderern, sondern auch gegenüber anderen Gruppen, wie etwa Muslimen, Juden, Frauen oder Homosexuellen. Sie tut dies, weil sie ganz grundsätzlich Hierarchien zwischen Gruppen, zwischen »oben« und »unten«, befürwortet. Besonders deutlich wird dies bei der Zustimmung zu der offen rassistischen Ansicht: »Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern.« Rund ein Drittel der Befragten in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, mehr noch in Polen, Ungarn und Portugal, sind dieser Ansicht. Lediglich in Italien ist die Zustimmung mit rund 18 % geringer. Mögliche weitere, in der vorliegenden Studie jedoch nicht berücksichtigte Elemente eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind die Abwertungen von Sinti und Roma, psychisch Beeinträchtigten, HIV-Positiven, oder Drogenabhängigen. In der gleichnamigen deutschen Studie können wir empirisch auch die Abwertung von Behinderten, Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen als Elemente des Syndroms bestätigen.

Die Verbreitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa

Wie die GMF-Europa Studie jetzt nachweist, ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa weit verbreitet, allerdings unterscheidet sich das Ausmaß spezifischer Vorurteile in den einzelnen Ländern z.T. erheblich. Insgesamt vertreten in den Niederlanden knapp 15 % der Befragten menschenfeindliche Einstellungen,

in Frankreich rund 27, in Großbritannien 28, in Deutschland 30 und in Italien rund 33 %. Signifikant höher ist das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Portugal mit 41 % Zustimmung, und vor allem in Ungarn und Polen mit jeweils 65 bzw. 66 % Zustimmung. Die Reflexion über Feindseligkeit und Abwertung in einem Land, die Sensibilität jedes Einzelnen und in der politischen wie medialen Öffentlichkeit, gefördert durch die politische Bildung und Kultur, scheinen sich in diesen Zahlen widerzuspiegeln. Vor allem in den osteuropäischen Ländern sind Sexismus und Homophobie weit verbreitet. So positionieren sich etwa rund 17 % der befragten Niederländer, aber 88 % der befragten Polen ablehnend gegenüber der gleichgeschlechtlichen Ehe. Eine ähnliche Verteilung findet sich auch bei der Einschätzung, an Homosexualität sei »nichts Unmoralisches«.

Dies gibt unseres Erachtens Hoffnung für eine positive Entwicklung der Menschenfreundlichkeit in einem Europa, das sich zu Pluralität, Vielfalt und Toleranz bekennt. Im besten Fall ist es lediglich eine Frage der Zeit, bis sich die europäischen Werte der Toleranz und der Gleichwertigkeit durchsetzen. Allerdings wachsen hier angesichts der neueren Entwicklungen auch Zweifel an einem Automatismus des Prozesses, denn auch umgekehrt können nationale, feindselige Stimmungen gegenüber spezifischen Gruppen wie beispielsweise gegenüber Sinti und Roma in Ungarn und jüngst auch in Frankreich, oder auch offener Antisemitismus und Homophobie in einigen Ländern die demokratischen Werte Europas verwässern. Dies kann andere Staaten dazu einladen, sich von ihrer oftmals mühsam erworbenen und durchgesetzten Kultur von Pluralität, Vielfalt und Toleranz zu verabschieden.

Eine solche Tendenz lässt sich derzeit vor allem an der offenen Abwertung von Muslimen beobachten. Die anti-muslimi-

schen und anti-islamischen Stimmungen greifen in Europa um sich, auch wenn die Integration voranschreitet. Wenn es um Muslime geht, sind sich die von uns befragten Europäer weitgehend einig. Rund die Hälfte der Befragten in den acht Ländern bewertet den Islam pauschal als eine »Religion der Intoleranz« (variierend von rund 47 % in den Niederlanden und Großbritannien bis rund 62 % in Portugal und Polen). Einig sind sich die Europäer vor allem darin, dass die »muslimischen Ansichten über Frauen [unseren] Werten [widersprechen]« (variierend von 72 % in Portugal und Polen bis 82 % in Italien und Großbritannien). Bemerkenswerterweise sind zugleich in allen Ländern mit Ausnahme der Niederlanden (36 % Zustimmung) mehr als die Hälfte der Befragten der Auffassung »Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen«. Besonders hoch ist hier die Zustimmung in Polen (87 %) und Ungarn (88 %). Dies deutet darauf hin, dass es hier nicht um tatsächlich vertretene Gleichberechtigung geht, sondern die unterstellten Ansichten von Muslimen über Frauen als ein willkommenes Argument für ihre Ablehnung dienen.

Dabei hat die tatsächliche Präsenz einer Gruppe wenig mit den Einstellungen der jeweiligen Mehrheit ihr gegenüber zu tun; im Gegenteil ist Fremdenfeindlichkeit dort verbreiteter, wo wenige Einwanderer leben, etwa in ländlichen Regionen. Nicht nur 50 % der Befragten in Deutschland mit einer Einwandererquote von ca. 12 % sind der Ansicht, es gäbe »zu viele Zuwanderer« in ihrem Land, sondern beispielsweise auch fast 63 % der Befragten in Italien mit weniger als 5 % Einwanderern. Spätestens aber beim Antisemitismus wird die Diskrepanz zwischen bestehenden Feindseligkeiten und Präsenz einer Gruppe überdeutlich. Heute leben nur knapp über eine Million Jüdinnen und Juden in Europa. Dennoch sind offen antisemitische Einstellungen insbesondere in den osteuropäischen Ländern Polen und Ungarn weit

verbreitet, wengleich auch in Frankreich rund 28 %, in Italien, Portugal und auch in Deutschland knapp ein Fünftel der Bevölkerung der Aussage zustimmen: »Juden haben [in dem jeweiligen Land] zu viel Einfluss«. In den vorwiegend westeuropäischen Ländern, in denen offener Antisemitismus zumindest offiziell geächtet ist, bahnen sich antisemitische Einstellungen jedoch vor allem über Umwege ihren Weg. Dies gilt gerade auch für Deutschland, was angesichts der proklamierten Erinnerungskultur und vielfachen Anstrengungen der Aufklärung und Aufarbeitung besonders alarmiert. 49 % der Deutschen unterstellen: »Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-

Zeit die Opfer gewesen sind«, und 29 % mutmaßen: »Juden im Allgemeinen kümmern sich um nichts und niemanden außer um ihre eigene Gruppe.« Diese Form des sekundären Antisemitismus findet in Deutschland signifikant mehr Zustimmung als in den anderen westeuropäischen Ländern Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Verbreitet sind auch solche antisemitischen Einstellungen, die über den Umweg Israel kommuniziert werden, sei es durch das Anlegen eines doppelten Standards, der Verwendung von offenen oder subtilen assoziativen Vergleichen der Politik Israels gegenüber den Palästinensern mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands oder in der Rechtfertigung von Antipathie gegenüber Juden im Allgemeinen durch die Politik Israels.

Schutz vor Menschenfeindlichkeit

Scheinbar begründete Argumente, Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit abzulehnen, abzuwerten oder gar auszuschließen, finden sich viele. In ihrem Kern aber legitimieren und zementieren sie Ungleichwertigkeit. Der größte Schutz vor der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine grundsätzlichen positive Haltung zu Vielfaltigkeit und Gleichwertigkeit und ebenso die Ablehnung einer autoritären und punitiven Law and Order-Haltung. Förderlich ist auch das Vertrauen in andere Menschen und verlässliche Freundschaften, sowie der Kontakt zu Menschen, die als Mitglieder einer »fremden« Gruppe wahrgenommen werden. Die Begegnung ersetzt Vorurteile durch echte Erfahrung, die positive wie negative Züge haben kann, aber die Chance mit sich bringt, den »Anderen« jenseits

von althergebrachten Stereotypen als einen Menschen wie Du und Ich kennenzulernen. Die eigenen schlechten ökonomischen Bedingungen werden zwar häufig als scheinbar legitime Rechtfertigung für die Ausgrenzung Anderer angeführt, sind den empirischen Analysen zu Folge jedoch von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

Demokratische Kultur stärken und festigen

Hier findet sich das Einfallstor für Populisten von Rechts, manchmal auch von Links und derzeit zunehmend auch wieder aus der politischen Mitte. Sorgen, Ängste und Orientierungslosigkeiten der Bevölkerung werden aufgegriffen, Gefühle der Bedrohung geschürt und in Abwertung gegossen. Ängste tatsächlich ernst zu nehmen, bedeutet aber, sie als Gefahr für das soziale Miteinander auf Basis demokratischer Grundwerte von Pluralität, Vielfalt und Toleranz zu begreifen. Statt einfache Sündenböcke für die oft auch hausgemachten Misere zu suchen, gilt es, die demokratische Kultur zu stärken und zu festigen. Die eigene Teilhabe bedeutet dabei stets, auch die Teilhabe der Anderen zu akzeptieren und zu fördern.

Die hier vorgestellte Studie kann eine Grundlage für evidenzbasierte Intervention und Prävention bieten. Vor allem aber vermisst sie den Zustand der europäischen Gesellschaften. Ein regelmäßiges Monitoring von Feindseligkeit und Abwertungen ist unseres Erachtens nach dringend nötig, um hoffnungsvolle und besorgniserregende Entwicklungen zu verfolgen und wachsam zu bleiben gegenüber Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts einer zunehmend vielfältiger werdenden Gesellschaft.